

51 Prozent

Ein bisschen mehr Vertrauen ins Barbie-Gen!



Nicole Althaus

Wer Kinder hat, muss sich damit auseinandersetzen, dass diese selbständig werden und dass sie zum Leidwesen der besorgten Eltern ihre Selbständigkeit auch in Bereichen erproben, die man gerne noch ein wenig hinausgeschoben hätte: beim Erwerb des Wortschatzes etwa, der im Duden «derb» oder «abwertend» genannt ist, oder beim Geschmack. Noch bevor das Kind weiss, was grün ist, will es partout nicht mehr aus dem blauen Becher trinken. Das ist mitunter anstrengend, aber das nehmen viele Eltern einfach so hin. Man pflegt ja heute einen basisdemokratischen Erziehungsstil. Das heisst, der Nachwuchs hat viel zu sagen. Zuweilen mehr als Mama und Papa.

Ernsthaft besorgt werden moderne Eltern erst, wenn ihr kleines Mädchen nur noch aus dem rosaroten Becher trinken will. Oder schlimmer noch: wenn das Töchterchen nach dem Lillifee-Pullover mit Glitter verlangt und der Sohn die Schultheke mit dem Rennauto dem stilvollen Retro-Ranzen mit Kuhfell unmissverständlich vorzieht. Dann wünschen sich gendersensible Mütter und

Väter manchmal in die Zeit zurück, wo Erziehung noch bedeutete, dass Eltern wählen und Kinder Danke sagen. Aber weil «Nein» ein Statement ist, das gute Nerven braucht, protestieren Mütter nicht gegen den Geschmack der Kinder, sondern, wie am Tag der Frau, gegen die strikte Geschlechtertrennung der Spielzeugindustrie.

Kann man machen. Wird aber wenig nützen, solange Lillifee und Co. sich gut verkaufen. Der Siegeszug des Gendermarketings im Kinderbereich ist nur in einer Gesellschaft denkbar, die auf die Wünsche des Nachwuchses mindestens so sensibel reagiert wie auf deren Geschlecht. Mit anderen Worten: Die Tochter könnte auch Hose und Pullover des Cousins nachtragen. Dort sind garantiert keine Pailletten aufgesteckt.

Damit will ich nicht sagen, dass ich es begrüsse, wenn Buben und Mädchen heute in Warenhäusern und Spielzeugläden getrennt werden wie weiland Mann und Frau in der Kirche. Oder dass mir einerlei war, womit meine Kinder einst spielten. An den zweiten Geburtstag von Tochter 1 kann ich mich vorab deshalb erinnern, weil mich ihre enthusiastische Reaktion auf den nun wirklich geschmacklosen pink Schminkkasten aus Plastic, den sie geschenkt bekommen hatte, nicht nur befremdete, sondern in meiner feministischen Grundüberzeugung vom Geschlecht als sozialer Konstruktion nachhaltig erschütterte. Töchterchen nämlich würdigte fortan die pädagogisch wertvollen Holzklötze, die genderfortschrittliche Autogarage und selbst ihren neutralen Lieblings-



Ich glaube heute nicht mehr, dass Geschlecht einfach eine Ideologie ist, die man mit Unisex-Kleidern und politisch korrektem Spielzeug überwinden kann.

Teddy keines Blickes mehr. Sie puderte und schmückte sich lieber, als gäbe es ein Barbie-Gen, von dem ich, die sich mit ein bisschen Mascara zufrieden gab und den Lippenstift nur zückte, um von den Augenringen abzulenken, bisher nichts wusste. Ja, das rosa-farbene Uding musste sogar mit ins Bett.

Eine Langzeitwirkung hatte der Schminkkasten allerdings nur auf mich: Ich glaube heute nicht mehr, dass Geschlecht einfach eine Ideologie ist, die man mit Unisex-Kleidern und politisch korrektem Spielzeug überwinden kann. 2012 bewies eine finnische Studie, dass die Wahl des Spielzeugs vom Testosteronspiegel abhängt: War dieser bei 14-monatigen Mädchen hoch, wählten sie eher den Zug als die Puppe, sonst folgten sie den Rollenerwartungen. Das wiederum soll nicht als Rechtfertigung herhalten für rosa Legosteine, Biersorten, die Eve heissen, und andere Dinge für «Menschen mit Menstruationshintergrund» (Regula Stämpfli). Es gibt ja auch keine Suppen für Menschen mit Migrationshintergrund. Aus gutem Grund. Aber ein bisschen mehr Vertrauen in das Barbie-Gen ist durchaus angebracht: Der Schminkkasten hätte meine Tochter wohl auch in Hellblau verzaubert. Wer weiss, was sie alles gelernt hat, als sie Pinsel, Dosen und Töpfchen fleissig der Grösse nach sortierte. Jedenfalls glänzt sie heute in Physik und Mathematik. Noch so ein Gen, von dem ich nicht weiss, woher es kommt.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

Alles, was Recht ist

Erdogan – für einmal Thema der Politik



Markus Felber

Der türkische Präsident Erdogan versteht es trefflich, den Rechtsstaat in Europa herauszufordern. Soweit es um seine Klage gegen ein im ZDF vorgetragenes Gedicht gegangen war, hatte die deutsche Politik den Ball mehr oder weniger elegant der Justiz zugespielt, die die Herausforderung souverän meisterte. Etwas kniffliger wird die Sache dieser Tage mit abstimmungspolitischen Auftritten türkischer Politiker in Deutschland und anderswo.

Es ist verständlich, dass ungern gesehen wird, wie ein nicht mehr sehr rechtsstaatliches Regime im europäischen Ausland um Stimmen buhlt für die Errichtung eines autoritären Systems in der Türkei. Dennoch ist nicht zuletzt mit Blick auf Frankreich im Auge zu behalten, dass die Verlagerung eines Teils der politischen Macht vom Parlament zum Präsidenten nicht widerrechtlich ist. Das Thema der Verfassungsabstimmung als solches vermag daher eine Beschränkung von Versammlungs- und Redefreiheit nicht zu rechtfertigen. Daran ändert nichts, dass gleichzeitig in der Türkei dieselben und noch viel wichtigere Freiheiten mit Füßen getreten werden, denn Grundrechte sind weder handelbar noch verrechenbar. Unerwünschte Propaganda-auftritte türkischer Amtsträger können daher aus rechtlichen Gründen nur untersagt werden, wenn von der fraglichen Veranstaltung eine ernsthafte Gefahr für Ordnung und Sicherheit ausgeht. Einmal abgesehen von Veranstaltungen in Sälen, die einschlägigen Brandschutzvorschriften nicht genügen.

In allen anderen Fällen kann die Politik den Schwarzen Peter nicht an die Justiz abschieben. Kurzfristig und mit Blick auf die Türkei sind kluge Akte der Regierung gefragt, die sich auf ihre ausserpolitische Zuständigkeit berufen können. Darüber hinaus dürfte es aufgrund der abzu sehenden Migrationsbewegungen in Europa angezeigt sein, den Blick über die Türkei hinaus zu richten und über längerfristige Strategien nachzudenken.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

Die E-Mail-Debatte

«Die Asylgesuche von Diplomaten sind nur die Spitze des Eisbergs»

Wie viel Streit aus der Türkei verträgt die Schweiz? Ausländischer Wahlkampf bringt Jacqueline Badran und Gregor Rutz so nahe zusammen wie noch nie

Gregor Rutz

Der türkische Vizebotschafter stellt in der Schweiz ein Asylgesuch, um sich vor Präsident Erdogan zu schützen. Gleichzeitig will der türkische Aussenminister im Auftrag von Erdogan in der Schweiz auftreten. Er möchte sich wohl zur Abstimmung über die türkische Verfassungsreform äussern, welche die Kompetenzen des Staatspräsidenten massiv ausweiten will. In der Türkei geht es drunter und drüber. Und es stört mich, wenn ausländische Minister in unser Land reisen, um Abstimmungskämpfe zu bestreiten. Darum kannte die Schweiz bis 1998 eine Bewilligungspflicht für politische Redner aus dem Ausland. Ich finde, wir sollten das wieder einführen. Werden Sie, liebe Frau Badran, die entsprechende Motion von Kollege Daniel Fässler (cvp.) auch unterstützen?

Jacqueline Badran

Ich glaube nicht, dass der Vorstoss von Kollege Fässler nötig ist, auch wenn ich inhaltlich die Sorgen teile. Der Bund hat heute, gestützt auf mehrere Gesetzesartikel, die Möglichkeit, Auftritte von Personen aus dem Ausland an politischen Anlässen zu unterbinden. So hat er etwa jüngst Einreiseperrnen gegen Hassprediger verfügt. Ebenso kann er Tätigkeiten von ganzen Organisationen verbieten, wenn sie die innere Sicherheit gefährden. Eine generelle Bewilligungspflicht für Redner aus dem Ausland wäre aber unverhältnismässig und erinnert an Zensur wie im Kalten Krieg. Aber mich stört es stark, dass türkische Minister ihre innertürkischen Konflikte in die Schweiz oder nach Deutschland tragen. Die Türkei ist dabei, die Meinungsfreiheit abzuschaffen, beharrt aber anderswo auf diesem Grundrecht, um dort Propaganda zu machen. Das ist bizarr.

Gregor Rutz

Ja, es ist wirklich bizarr. Auch die Tatsache, dass türkische Diplomaten in der Schweiz Asylgesuche stellen, während unser Aussen-departement keinen Grund dafür sieht, dass sich mit dem Auftritt des türkischen Aussen-

Debattierer



Jacqueline Badran, 55, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 44, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

ministers Sicherheitsfragen stellen, wirft zumindest Fragen auf. Noch wirrer ist die Situation, die wir derzeit mit Gambia erleben: Nach der Abwahl von Diktator Jammeh stellen Minister seiner Regierung Asylgesuche in Europa. So auch der ehemalige gambische Innenminister Sonko, der sich derzeit im Kanton Bern befindet. Eine Auslieferung an Gambia ist laut Bundesamt für Justiz ausgeschlossen - weil das Land nicht über ein unabhängiges Justizsystem verfüge. Dafür war aber gerade Sonko selber mitverantwortlich - und, wie vermutet wird, möglicherweise auch für willkürliche Verhaftungen, Folter und Hinrichtungen. Letzteres könnte ihm selber nun auch drohen, weswegen die Schweizer Behörden eine Überstellung ausschliessen. Und nun sitzt der Herr Sonko in der Schweiz - zusammen mit all den Asylbewerbern, die auch seinetwegen aus Gambia geflohen sind. Eine absurde Situation.

Jacqueline Badran

Wahrlich verwickelt. Jenseitig fand ich letztes Jahr auch den Aufruf des türkischen Botschafters in der Schweiz (ausgerechnet der, der jetzt Asyl bei uns beantragt) zur Denunziation von Anhängern Güdens. Das hat mich an die stalinistischen Zeiten erinnert mit den Säuberungen von Anhängern Trotzki. Mir graust vor solchen Dingen. Gefühlsmässig würde ich also den türkischen Ministern bei uns ihre Propagandareden zum Ausbau der Autokratie sofort untersagen. Schalte ich mein Hirn ein, denke ich zwei Dinge. Erstens: Wir sollten den Ball flach halten. Verbieten wir die Auftritte, kann Erdogan sagen: Seht her, alle sind gegen uns! Das macht ihn zum Opfer und mobilisiert seine Anhänger zusätzlich. Zweitens sollten wir viel eher sagen: Seht her, so geht Meinungs- und Versammlungsfreiheit! So sollte das auch bei euch sein, ihr aber macht das Gegenteil.

Gregor Rutz

Die schwierige Frage ist: Wie tolerant darf man gegenüber Intoleranz sein? Das sind die Herausforderungen des modernen, liberalen

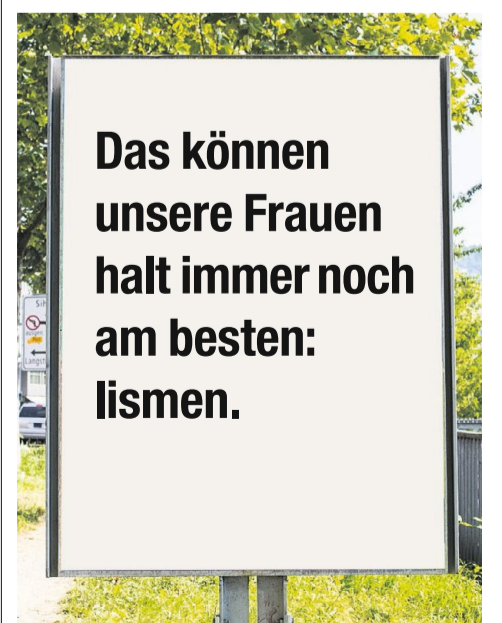
Rechtsstaats - oder wie es Ernst-Wolfgang Böckenförde formuliert hat: «Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.» Mit der zunehmenden Migration stellen sich solche Fragen häufiger - Stichworte sind etwa Polygamie oder die immer häufiger auftretenden Kinderehen. Aus meiner Sicht gibt es einen zentralen Grundsatz: Unsere Rechtsordnung gilt für alle, die in diesem Land leben. Nicht nur im Bereich des Strafrechts, auch in Fragen des Ordre public müssen wir wieder konsequenter werden. Nur dann bleibt die Schweiz ein glaubwürdiger, sicherer und zuverlässiger Rechtsstaat. Aus Furcht vor Dissonanzen auf dem diplomatischen Parkett dürfen wir in diesen Belangen keinesfalls nachgeben. Und ausländische Wahlkampfauftritte will ich einfach nicht in der Schweiz - türkische Angelegenheiten sollen in der Türkei gelöst werden.

Jacqueline Badran

Ich sehe das ähnlich. Zudem fragt es sich auch, wie wirksam die Beschwichtigungspolitik gegenüber dem geostrategisch wichtigen Nato-Land Türkei noch ist. Erdogan wird immer extremistischer. Universitäten, Gerichte und Medien wurden - schon vor dem angeblichen Putschversuch - von Kritikern gesäubert. Rechtsstaat und Grundrechte werden ausgehöhlt, und der ehemals säkulare Staat baut zunehmend auf den Islam. Nun soll die Machtfülle von Erdogan noch ausgebaut werden. Folter, Unrecht sowie die Unterdrückung von Minderheiten sind an der Tagesordnung. Es droht eine erneute Flüchtlingswelle. Die Diplomaten, die nun Asylgesuche stellen, sind nur die Spitze des Eisbergs. Erdogan nimmt sich immer mehr heraus, von einer Einbindung in westlich-demokratische-rechtsstaatliche Werte ist keine Spur mehr zu sehen. Die Appeasementpolitik hat das Gegenteil erreicht von dem, was sie wollte. Vielleicht sollte die Staatengemeinschaft ihre Politik gegenüber diesem immer übler werdenden Autokraten überdenken.

Strittis Schlagzeile

Zur Pink-Pussy-Hat-Aktion am Weltfrauentag.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.